

Landesparteitag
Schleswig-Holstein

Seite 2

Politische Akademie
der AfD

Seite 3

Goldshop ist ein
voller Erfolg

Seite 4

Gekaufte Wissenschaft

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, Sprachrohr der SPD, hat eine Studie in Auftrag gegeben und herausgebracht, die den Anspruch erhebt, die AfD als eine Gefahr für die Demokratie zu demaskieren. Das Ergebnis ist blamabel für eine Partei, die vorgibt, den Kampf um die öffentliche Meinung mit Argumenten statt mit Sprechblasen, Unterstellungen und Albernheiten zu führen. Es ist aber auch entlarvend für einen Wissenschaftsbetrieb, der von Auftragsarbeiten lebt und ehemals angesehene Begriffe wie Forschung, Methodik und Empirie missbraucht, um Propaganda für die SPD zu machen. Die einzige Frage, der nachzugehen lohnt, ist denn auch die nach dem Betrag, den die Büchsenspanner aus der Armee des einschlägig bekannten Sozialforschers Wilhelm Heitmeyer für ihr Machwerk erhalten haben.

Es geht um Rechtsextremismus - der aber nicht etwa beschrieben oder analysiert, sondern „gemessen“ werden soll. Zu diesem Zweck werden, wie in der Meinungsforschung üblich, die Antworten der Befragten auf einer Skala abgebildet, die neben völliger Zustimmung und totaler Ablehnung allerlei Zwischenstufen wie etwa „teils, teils“, „unter Umständen“, „überwiegend“ oder „meistens“ vorsehen. Schon das hat mit Wissenschaft wenig, mit Manipulation aber viel zu tun, weil das Verfahren den Untersuchungsführern freie Hand lässt, die vagen, zweifelnden, unbestimmten Antworten ganz nach Belieben der einen oder anderen Seite zuzuschlagen, ein und dasselbe Phänomen also entweder als bedeutungslos oder als bedrohlich hinzustellen – eine Möglichkeit, von der die Autoren denn auch üppigen Gebrauch machen.

Genauso manipulativ wie die Klassifizierung der Antworten sind die Fragen selbst. Sie sind so unbestimmt und allgemein gefasst, dass man, um eine halbwegs verlässliche Antwort geben zu können, noch einmal nachfragen, um Präzisierung bitten müsste. Gefragt wird nach der Einstellung gegenüber „den“ Ausländern oder „den“ Juden – als ob nicht jeder von uns wüsste, dass eben dies, das Ersetzen des Individuums durch das Kollektiv, die Quelle für Vorurteile, Verfolgung und Schlimmeres war und ist. So wie es achtbare und weniger achtbare Deutsche gibt, soll es auch achtbare und weniger achtbare Ausländer und Juden geben; Differenzierung ist nötig, aber weder erlaubt noch erwünscht. Verlangt wird das pauschale Urteil - womit die Autoren genau das befördern, wogegen sie angeblich zu Felde ziehen, die „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“.

Zu was für abenteuerlichen Konsequenzen diese Art von „empirischer Sozialforschung“ verleitet, wird am Beispiel der Grünen deutlich. Die haben, wie die meisten von Ihnen der Zeitung entnommen haben werden, Waffenlieferungen an die aufständischen Kurden unter bestimmten Bedingungen, also „unter Umständen“, nicht ausgeschlossen. Nach der Logik der FES-Studie lässt diese Entscheidung der Grünen auf rechtsradikale Gesinnung schließen, weil jeder, der Gewaltanwendung für politische Zwe-



Parteisprecher Adam kritisiert Pseudowissenschaft

cke nicht bedingungslos ausschließt, sich rechtsradikaler Gedankengänge verdächtig macht. Gewalt ist nämlich immer „rechts“ – linke Gewalt ist im Weltbild dieser Sozialforscher nicht vorgesehen. Sie wollen das Brett, das sie selbst vor dem Kopf tragen, den anderen an die Stirn nageln.

In diesem Stil geht es dann weiter, 170 Seiten lang. Wer Zweifel an der Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie äußert; wer glaubt, dass Leistung und Gegenleistung einander entsprechen sollten; wer über seine Ohnmacht als Wähler klagt; wer das Asylrecht nur denen zukommen lassen will, denen es laut Grundgesetz zusteht; wer meint, dass deutsche Politiker deutsche Interessen vertreten sollten; wer Schwierigkeiten hat, den Begriff „Elite“ auf unser politisches und wirtschaftliches Führungspersonal anzuwenden – wer so etwas und anderes von gleicher Art und Güte glaubt und dann auch noch ausspricht, ist rechtsradikal, rechtsextrem, rechtspopulistisch und so weiter: die alte Leier, niemals neu gestimmt.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung von Seite 1
„Gekaufte Wissenschaft“

Nur in einem ist den Autoren zuzustimmen: wenn sie am Ende dazu aufrufen, Verantwortung zu übernehmen und zu handeln, „wo es not tut“. Wo wäre das nötiger als bei der Vergiftung des politischen Gesprächs durch pseudowissenschaftliches Geplapper? Unseren Mitgliedern und Wählern müssen wir das nicht eigens noch ans Herz legen, sie haben sich längst engagiert und demensprechend gehandelt, indem sie sich von den politischen Zirkustieren, die von Altparteien durchs Land getrieben werden, abgewandt und einer neuen Kraft, der AfD, zugewandt haben. Bleiben Sie dabei und tragen Sie dazu bei, dass unser Land einer besseren Zukunft entgegengeht! Es hat sie verdient.

Mut zur Wahrheit.

Politischer Aschermittwoch
18.2.2015 | 10 Uhr

mit **Bernd Lucke**
MdEP, Bundessprecher

Andre Wächter
Landesvorsitzender, Stadtrat in München

Verena Brüdigam
Mitglied im Bundesvorstand

Donau Center Schubert
Donau-Gewerbepark 24
94486 Osterhofen

10 – 14 Uhr (Einlass 8:30 Uhr)

Musikalische Unterhaltung:
www.kohlhofmusikanten.de

Alternative für Deutschland

Anmeldung unter:
aschermittwoch@afd-bayern.de

www.afdbayern.de

Ablauf Parteitag und Fachkongress für Steuer- und Sozialpolitik

Am 31. Januar und 1. Februar 2015 findet der 3. Bundesparteitag der Alternative für Deutschland im Hotel Maritim in Bremen statt. Neben dem Parteitag, auf dem vor allem über die neue Satzung und die Nebenordnungen der Partei diskutiert werden wird, findet ebenfalls die erste Bundesfachkonferenz mit dem thematischen Schwerpunkt „Sozialpolitik“ statt. Begonnen wird laut derzeitiger Planung am Samstag um 10:00 Uhr mit der Bundesfachkonferenz, welche dann voraussichtlich um 13:00 Uhr unterbrochen wird. Darauf folgt der Bundesparteitag, nach dessen Abschluss der Fachkongress für Steuer- und Sozialpolitik am Sonntag fortgesetzt werden soll. Geplant ist, dass am Sonntag um 16:00 Uhr die Veranstaltung beendet wird. *ab*



„Die AfD fühlt sich stark“. Mit dieser Schlagzeile haben die „Kieler Nachrichten“ treffend die Aufbruchsstimmung wiedergegeben, die am 22. November in Neumünster auf dem AfD-Landesparteitag geherrscht hat. Dabei wurden Stärke und Geschlossenheit des nördlichsten Landesverbandes demonstriert. „Unser Land muss wieder in Ordnung gebracht werden“ – unter diesem Motto wurde in einer mit überwältigender Mehrheit verabschiedeten landespolitischen Entschließung der Startschuss für die zukünftige Programmdiskussion gegeben. Gleichzeitig gab es eine Generalabrechnung mit der Politik der Altparteien: In allen Bereichen hätten CDU, SPD, FDP und Grüne in wechselnden Koalitionen über Jahrzehnte versagt. Der SPD-Slogan „Die SPD regiert – das Land kommt voran“ müsse angesichts desolater baulicher Zustände von Straßen, Brücken und Gebäuden

AfD-Landesparteitag in Schleswig-Holstein

richtig heißen „Die SPD regiert – das Land verkommt“.

In der Bildungspolitik wirft die AfD der SPD-geführten und vom Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner gelenkten Landesregierung vor, aus ideologischen Gründen eine Bildungspolitik auf dem Rücken der Kinder zu betreiben. Der schleichenden Abschaffung des Gymnasiums wird sich die AfD auch in gesellschaftlichen Bündnissen widersetzen: „Die CDU ist als Opposition noch schwächer als in der Regierung. Wir werden diese Lücke füllen.“ Zu Beginn hatten die beiden Landesvorsitzenden Ulrike Trebesius und Jannis Andrae eine überzeugende Bilanz der ersten anderthalb Jahre seit Gründung des Landesverbandes ziehen können: „Das Potential ist noch längst nicht ausgeschöpft, es ist viel Luft nach oben.“ Eine NDR-Umfrage hatte jüngst 7% für die AfD ermittelt. Jannis Andrae: „Angesichts der Tatsache, dass wir jetzt erst in die Landespolitik einsteigen, ist dies eine hervorragende

Ausgangsposition.“ Die AfD sei auf dem Weg zur Volkspartei: „Die können wir werden, wenn sich alle zusammenreißen. Es gibt aber auch bei uns Tendenzen zur Selbstzerfleischung – das muss aufhören. Welche Schmach wäre es, würden wir das Schicksal der Piratenpartei teilen.“ Ulrike Trebesius teilte mit, dass Ministerpräsident Torsten Albig einen für den 3.12. mit ihr als Europaabgeordneter vereinbarten Termin ohne nähere Begründung abgesagt hatte. Er werde sehen, was er davon habe: „Nach der Landtagswahl 2017 benötigen wir keinen Termin mehr, um bei Ihnen vorzusprechen, Herr Albig!“ *jj*



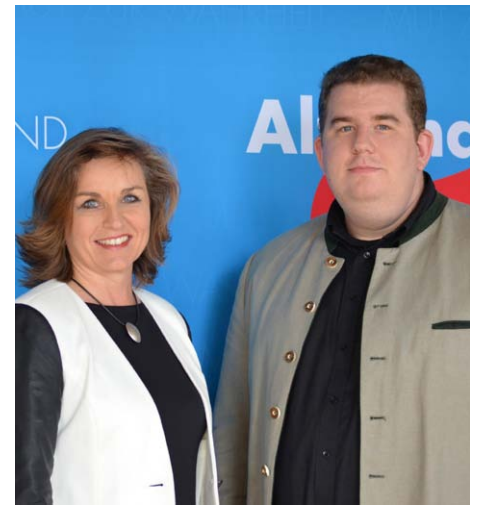
Die Landessprecher Jannis Andrae und Ulrike Trebesius

Politische Akademie in der AfD

„Wenn wir in der 1. Liga mitspielen wollen, dann müssen wir uns fit machen für die 1. Liga.“
Verena Brüdigam

Sowohl Vertreter der Medien als auch die Wähler erwarten mittlerweile Professionalität und Kompetenz, wenn sie uns Sympathie und letztlich ihre Stimme schenken sollen. Die Alternative für Deutschland hat daher in den vergangenen Monaten mehrere Pilotprojekte zur Schulung von Kandidaten, Funktionären und Mitgliedern gestartet. Die sehr guten Erfahrungen

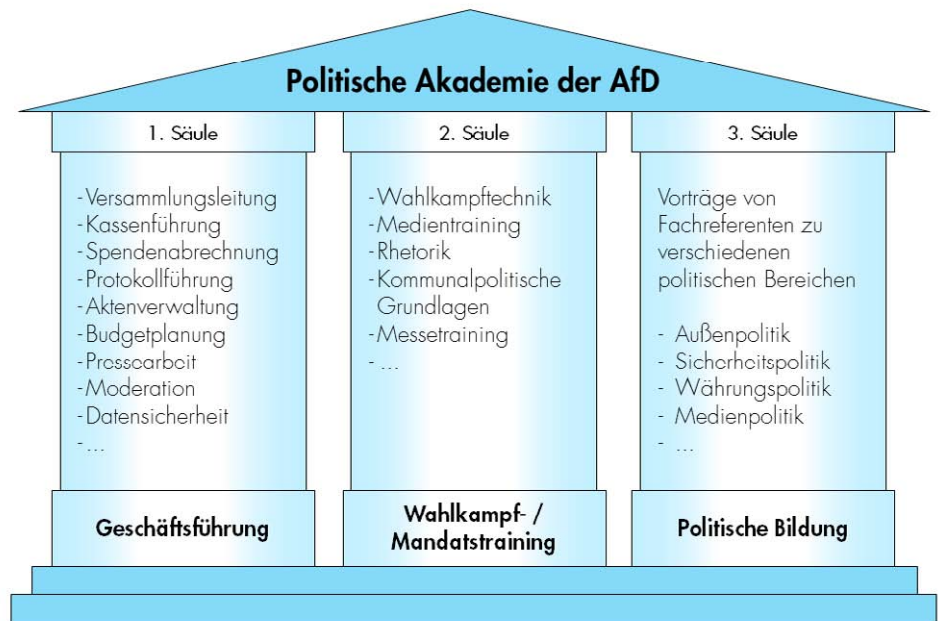
aus diesen Veranstaltungen sollen nun die Grundlage liefern für ein Gesamtkonzept mit Namen „Politische Akademie der AfD“. Das Ziel der Akademie ist es, umfangreiche Fortbildungsmöglichkeiten in allen Gliederungen zu entwickeln, damit die AfD durch Professionalisierung der Mitglieder auch in Zukunft die Wähler mit Sach- und Fachkompetenz überzeugen kann. Im Folgenden geben wir einen Überblick über dieses Konzept sowie die Veranstaltungen, die bereits gebucht werden können.



Verena Brüdigam und Tilman Matheja

Die AfD Akademie lässt sich in drei Säulen gliedern

- In der ersten Säule „Geschäftsführung“ bekommen die Amtsträger der Partei das Handwerkszeug zur erfolgreichen Versammlungsleitung und Gruppenmoderation sowie den juristisch korrekten Ablauf von Wahlen. Schriftführer erhalten eine bundesweit einheitliche Anleitung zur Protokollführung und für den Briefwechsel. Schatzmeister erfahren umfänglich den Umgang mit Finanzen und Presseverantwortliche üben sich im Verfassen von Pressetexten.
- Die zweite Säule „Wahlkampf-/ Mandatstraining“ richtet sich an alle Aktiven im politischen Tagesgeschäft, seien es Mitglieder im Straßenwahlkampf oder Mandatsträger in Parlamenten. Diese lernen unter anderem Rhetorik, Techniken für die Wähleransprache und professionellen Umgang mit Medienvertretern. Kommunalpolitiker können sich in der Akademie die Grundlagen der politischen Arbeit aneignen.
- Als dritte Säule ist die inhaltliche „Politische Bildung“ vorgesehen. Hierbei wird ein Referentennetzwerk aufgebaut, damit Experten für Vorträge oder ganze Fachseminare vermittelt und von AfD-Gliederungen gebucht werden können. Auch die Landes- und Bundesfachauschüsse werden hier eingebunden, um den Kreis der Redner mit partei-internen, kompetenten Fachleuten zu erweitern.



Bisher fanden erste Trainings für Wahlkämpfer am Infostand und Pressesprecher auf Kreisebene statt. Einige Mandatsträger der erfolgreichen Landtagswahlen erhielten ein Medientraining zum erfolgreichen Umgang mit Interviewpartnern. Den frisch in die Stadt- und Gemeinderäte eingezogenen AfD-Politikern werden auf kommunalpolitischen Schulungen die rechtlichen Grundlagen ihrer Arbeit vermittelt.

Um das von Michael Göschel und Tilman Matheja erstellte Konzept in Zukunft weiter auszubauen, werden

wir in den kommenden Monaten bundesweit Referenten, aber auch zusätzliche Schulungsideen in den Landesverbänden sammeln und in einem Katalog zusammenfassen. Tilman Matheja, der als Organisationsleiter der AfD Akademie tätig ist, bietet an: „Sollten Sie in Ihrem Kreis Interesse an einer oder mehreren Veranstaltungen haben, kann der Landesverband über uns die Tagungen buchen.“

Bei Fragen und Wünschen wenden Sie sich bitte an Verena Brüdigam und Tilman Matheja unter: akademie@alternativ fuer.de

Der Goldshop ist ein Erfolg auf ganzer Linie!

Innerhalb eines Monats haben rund 1.000 Käufer der AfD ihr Vertrauen geschenkt, in dem sie für einen Umsatz von 2,35 Millionen Euro (Stand 27.11.2014) gesorgt haben. In den ersten fünf Tagen nachdem der Shop online war, wurde pro Tag ein Umsatz von mehr als 120.000 Euro verzeichnet. Das ist einmalig in der Parteigeschichte. Der Bundesvorstand und die Bundesgeschäftsstelle möchten diese Gelegenheit nutzen, um allen Käufern für das entgegengebrachte Vertrauen zu danken.

Am Freitag, dem 21. November 2014, erreichte dann ein Anschreiben der Bundestagsverwaltung die Bundesgeschäftsstelle. Daraus ging hervor, dass für den AfD-Goldhandel das Bruttoumsatzprinzip laut Parteiengesetz wie für alle anderen Parteien auch gelte. Gelegenheit zum Feiern: Denn dies bedeutete nichts Anderes, als dass wir in den Genuss der vollen staatlichen Teilfinanzierung für das aktuelle Jahr kommen werden. Die relative Obergrenze wurde Dank des enormen Umsatzes des Goldshops schon nach einem Monat erreicht.

Prompt meldete sich der Präsident des Bundestages Norbert Lammert mit einer Pressemitteilung zu Wort: „Dass die von der AfD betriebenen

Handelsgeschäfte zur Erhöhung der staatlichen Zuschüsse an die Partei führen, widerspricht nach seiner Auffassung dem verfassungsrechtlichen Grundgedanken, dass Parteien sich zu einem Anteil von mindestens 50 Prozent selbst finanzieren müssen, worin sich – einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts folgend – die hinreichende gesellschaftliche Verwurzelung von auch staatlich geförderten Parteien abbilden soll. Eine gesellschaftliche Verwurzelung werde durch den Handel mit Gold aber sicherlich nicht dokumentiert.“

Für Frauke Petry war die Lage sofort klar: „Von einem fairen Wettbewerb zwischen demokratischen Parteien kann keine Rede sein. Obwohl wir nach den gültigen Spielregeln der Parteienfinanzierung handeln, werden wir als junge Partei dafür angegriffen. Die etablierten Parteien wollen offenbar um jeden Preis unter sich bleiben. Anders lässt sich Lammerts Einlassung zum Goldhandel der AfD nicht verstehen.“ *cl*

Lesermeinung

Senden Sie Ihre Meinung an presse@alternativefuer.de.

Der AfD-Buchshop ist da!

Derzeit sind 20 verschiedene Titel im Angebot, welche ganz unterschiedliche politische und wirtschaftliche Themengebiete behandeln. Dabei möchten wir unseren Kunden im Buchshop eine Auswahl, auch von kontrovers diskutierten Themen und Autoren anbieten. Durch die Buchpreisbindung in Deutschland können unsere Kunden und Mitglieder die Bücher genau zu den gleichen Preisen, wie bei den großen Versandhändlern kaufen. Gleichzeitig wird durch den Kauf die Alternative für Deutschland auch finanziell unterstützt. Die Abwicklung und der Versand erfolgen über einen neutralen und unabhängigen Kooperationspartner. Das derzeitige Produktportfolio ist allerdings nur ein erster Schritt und soll zukünftig weiterausgebaut werden. Auch im virtuellen Zeitalter das Buch nach wie vor gefragt. *pr*

Bericht aus Brüssel

Alle AfD-Europaabgeordneten haben dem Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker geschlossen das Misstrauen ausgesprochen. „Wir haben gegen ihn gestimmt, als er als Kommissionspräsident zur Wahl stand, und wir haben auch gegen die Kommission mit ihm an der Spitze gestimmt, als die dann noch einmal in der Gesamtheit zur Wahl stand. Es wäre ja inkonsequent, jetzt plötzlich so zu tun, als hätten wir Vertrauen zu Juncker, nachdem bekannt geworden ist, dass sich Juncker geradezu wie ein Raubritter verhalten und andere Staaten um ihre Steuereinnahmen geprellt hat“, sagte Parteisprecher Bernd Lucke dem Deutschlandfunk.

Von der Kritik unberührt, verschiebt Juncker dennoch weiter seine Blendgranaten. Der seit geraumer Zeit propagierte Europäische Investitionsplan soll 315 Milliarden Euro umfassen. Natürlich weiß er genau, dass dieses Geld nicht zur Verfügung steht. Die angekündigte „Mobilisierung von Finanzmitteln für Investitionen ohne Verschuldung der öffentlichen Hand“ beschränkt sich auf die Umschichtung bereits bestehender EU-Programme und auf die Inanspruchnahme von



Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten

5 Mrd. Euro aus Mitteln der Europäischen Investitionsbank. Der Rest des groß angekündigten Investitionspakets beruht auf der Hoffnung, dass Privatinvestoren knapp 300 Mrd. Euro beisteuern werden.

„Der Berg kreißte und gebar eine Maus. Hier wird mit bekannten Haushaltszahlen Spiegelfechtereien betrieben und die Illusion eines großen Investitionspakets erzeugt“, sagte Bernd Lucke. „Wer ein quantitativ bedeutendes Stimulus-Paket erwartet hat, ist Opfer eines großen Bluffs geworden. Immerhin ist es für den Steuerzahler eine gute Nachricht, dass seine Gelder nicht zur Entfaltung eines großen Strohfeuers verwandt werden. Noch besser wäre es, wenn das Großherzogtum Luxemburg europaweit Investitionen mit den Mitteln fördern würde, die es mit Steuertricks zu Lasten seiner europäischen Nachbarn eingenommen hat. Wie die Luxemburg Leaks zeigen, wurde das Großherzogtum durch diese Steuertricks reich genug“, so Parteisprecher Lucke. *az*

Die größte Weihnachtsente

Am Montag, den 24. November 2014, titulierte die BILD-Zeitung:

„Wie der Kreml Einfluss auf Europa nehmen will - Putin greift nach der AfD“

Berlin – Seit Monaten knüpft der Kreml ein Netzwerk von Rechtspopulisten in Westeuropa – nun greift Moskau auch nach der Alternative für Deutschland (AfD). Das erfuhre BILD aus Geheimdienst- und Kreml-Kreisen!

Sicherlich existiert eine Handvoll ausgewählter Journalisten, die über einen Zugang zu Kreml-Kreisen verfügen. Wie sich nach den darauffolgenden

Recherchen der Pressestelle herausstellte, gehören BILD-Reporter nicht dazu. Denn kurz nach Erscheinen des Artikels wurden Geschäftsführer Pazderski und Pressesprecher Lüth beim Gesandten der russischen Botschaft in Berlin vorstellig und baten um eine Stellungnahme zum BILD-Artikel. „Eine Chimäre“, so der Gesandte. „BILD hat diesen Zusammenhang erfunden.“

Es bleibt nun dem politisch interessierten Leser überlassen, vor diesem Hintergrund über die wahren Motive einer solch unseriösen Berichterstattung zu spekulieren. *cl*

Impressum & Kontakt.

V.i.S.d.P.: Christian Lüth

Alternative für Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
Schillstraße 9
10785 Berlin

Sie erreichen uns telefonisch von Montag bis Freitag jeweils von 9 bis 17 Uhr unter (030) 265 583 7-0 bzw. per E-Mail unter bundesgeschaeftsstelle@alternatiefuer.de

Spendenkonto

IBAN: DE 16518500790027115551
BIC: HELADEF1FRI
Sparkasse Oberhessen
Betreff: Spende

DIE AfD GIEßEN SUCHT

Kandidaten (m/w)

Oberbürgermeisterwahl im Juni 2015 in Gießen

Infos unter www.kreisgiessen-alternatiefuer.de

Bewerbungen bis Ende Dezember 2014 an

wahl@kreisgiessen-alternatiefuer.de

